

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Entwicklung des Anteils von Öl- und Gasheizungen sowie klassischen Stromheizungen im Land

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Gebäude und Haushalte 2025 (aufgeschlüsselt nach Wohn- und Nichtwohngebäuden) im Land ihre Wärmezeugung noch jeweils auf Basis von dezentralen Ölheizungen oder dezentralen Gasheizungen sicherstellten;
2. wie sich diese Zahlen (gem. Punkt 1) in den letzten zehn Jahren absolut und prozentual als Anteil am jeweiligen Gebäudebestand entwickelt haben;
3. welcher absolute und prozentuale Anteil an den CO₂-Emissionen im Gebäudesektor und an den gesamten Treibhausgasemissionen im Land 2025 den dezentralen Öl- und Gasheizungen im Land zuzurechnen war;
4. welche Reduzierung der CO₂-Emissionen sie in diesem Segment bis 2030 und 2040 insgesamt und jährlich als noch erreichbar einschätzt und anstrebt, um die Klimaziele des Landes zu erreichen;
5. welche neuen Maßnahmen sie von Seiten des Landes ergriffen hat und 2026 ergreift, um Öl- und Erdgasheizungen im Gebäudesektor spürbar durch Heizungsaustausch, Fernwärmeanschluss, durch Gebäudesanierung sowie Neubau zurückzudrängen;
6. wie viele Umstellungen von Wohnungen oder Gebäuden von Erdgas- oder Ölheizungen auf Wärmepumpenheizungen oder Holzpelletheizungen es ihres Wissens 2024 und 2025 im Land gegeben hat;
7. wie viele Wohnungen noch rein oder vorwiegend durch klassische Stromheizungen und Nachtspeicherheizungen beheizt werden und wie sich diese Zahl absolut und in Prozent seit 2015 entwickelt hat;
8. in wie vielen Wohnungen im Jahr 2025 noch neue Öl- und Gasheizungen eingebaut wurden und wie sich deren Anteile im gesamten Neubaubereich und im Bereich der Heizungstausches, bzw. der Gebäudesanierung im Vergleich zu den Alternativen (Wärmepumpe, Split-Klimaanlage, Holzheizung, Wärmenetz) verhielten;
9. wie der Ersatz von Heizöl- und Erdgasheizungen insbesondere im Mietwohnungsbestand und bei Mehrfamilienhäusern seit 2020 und insbesondere im Jahr 2025 vorankam und welche technischen Alternativen dabei in welchem Umfang genutzt wurden;
10. welche Anstrengungen sie unternimmt, um die Entwicklung der Wärmezeugung im Gebäudebestand besser und zeitnäher erfassen oder abschätzen zu können, um die Wirkung und Effektivität der eigenen Ordnungs- und Förderpolitik bewerten zu können.

24.9.2026

Dr. Weirauch, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Fulst-Blei, Sigg, SPD

Begründung

Auch 2025 bildeten die Gebäudeheizungen auf Basis von Öl und Gas noch immer einen sehr großen Teil der Wärmeerzeugung im Gebäudesektor und verursachten damit auch einen erheblichen Teil der gesamten Treibhausgasemissionen im Land. Zudem ist der Wechsel von Beheizungssystemen durch Abbruch und Neubau sowie durch Sanierung von Gebäuden noch immer weitaus niedriger, als es zur Erreichung der Klimaziele in diesem Energiesektor erforderlich wäre.

Dennoch wurden noch viele Öl- und Gasheizungen neu eingebaut, obschon klimafreundliche Alternativen zur Verfügung standen und stehen. Der Antrag erfragt die Entwicklung, die stark von den Klimazielen des Landes abweicht und die Maßnahmen des Landes zu einer Beschleunigung des Wechsels von Beheizungssystemen hin zu klimaschonenderen Technologien wie bspw. Wärmepumpenheizungen, Klima-Splitanlagen, Holzheizungen oder Fernwärme auf Basis erneuerbarer Energie.

Zudem stellen sich Fragen danach, ob die Landesregierung überhaupt die Entwicklung der Beheizung des Gebäudebestandes erfasst und verfolgt, um die Wirkung der eigenen Förderpolitik und die Verfolgung der Klimaziele bewertbar zu machen, oder ob, wie die Beantwortung der DS 17/6808 (Antrag der SPD) zur Entwicklung im Heizungsbereich gezeigt hat, weiterhin ein diesbezügliches weitgehendes Unwissen über die Entwicklung vorherrscht.